

U.S.T.A. Magazin

Sonderausgabe
Dezember 2003



**500 Euro ab dem 1. Semester
40 Euro Verwaltungsgebühr
512 Euro Langzeitstrafe**

Abschaffung studentischer Mitspracherechte

**Kürzungen an den Universitäten
Kürzungen bei den Studentenwerken**

Was steht uns bevor?

Die Landesregierung Baden-Württemberg ist wieder einmal trauriger Vorreiter in Sachen Bildungsabbau und Studium nur noch für Besserverdienende.

Während bei uns in Form von Langzeitstrafzahlungen und Verwaltungsgebühren bereits fleissig kassiert wird, wird in anderen Bundesländern noch gegen derartige Planungen protestiert.

Während die Presse sich anderswo bereits auf die unbeliebten kassierwütigen Politiker eingeschossen hat, bleiben unsere Landesherrn davon noch verschont, obwohl deren Planungen wesentlich weiter gehen.

500 Euro pro Semester

Minister Frankenberg hat bereits mehrfach öffentlich geäußert, dass er baldmöglichst allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester einführen will. Baldmöglich heisst derzeit: Sobald das Bundesverfassungsgericht das Hochschulrahmengesetz gekippt hat, denn in diesem Gesetz ist festgelegt, dass das Erststudium gebührenfrei sein muss.

Eine negative Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist jedoch nur eine Voraussetzung. Viel wichtiger für Frankenberg sind die politischen Voraussetzungen. Wenn klar ist, dass in der Gesellschaft keine Akzeptanz für eine Einschränkung des Bildungszugangs aufgrund sozialer Merkmale besteht, wird keinE EntscheidungsträgerIn in der Lage sein, die Einführung von allgemeinen Studiengebühren politisch zu rechtfertigen.

Die Landesregierung hat übrigens viel mehr vor:

Abschaffung studentischer Mitspracherechte

Noch sind die Studis in einigen Gremien vertreten. Fakultätsräte, Studienkommissionen, im Senat. Der Umfang dieser Beteiligung entspricht noch lange nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der Studierenden. Demnächst ist jedoch endgültig klar, dass eine solche Beteiligung vom Land überhaupt nicht gewünscht ist. Nach dem neuen Hochschulgesetz sollen Strukturen studentischer Mitbestimmung und

demokratische Gremien die Ausnahme werden. Damit werden sich die Aufgaben von Fachschaften und anderen StudivertreterInnen auf den Servicebereich beschränken.

Bildungshaushalts

140 Mio Euro sollen im Bildungshaushalt eingespart werden. Die vorhandenen ProfessorInnenstellen bleiben dank Beamtenstatus zwar bestehen, gespart werden muss dann aber an neuen Lehrstühlen, AssistentInnen, Tutorien, der nötigen Infrastruktur etc. Alles in allem haben wir dadurch mit einer massiven Verschlechterung der Qualität der Lehre zu rechnen.

Studentenwerkszuschüsse

Kürzungen der Zuschüsse für die Studentenwerke in Höhe von 10% sind geplant. Vermutlich wird diese Kürzung eine Beitragserhöhung, einen Abbau sozialer Leistungen oder eine weitere Erhöhung der Mensapreise verursachen.

Die Perspektive?

Bei all diesen Dingen geht es aber nicht nur um die Frage „Was steht uns bevor?“ So zu denken wäre egoistisch denn die gleiche Frage stellt sich auch unseren Geschwistern, unseren Kindern, den Kindern unserer Arbeitskollegen usw.

Alle Ideen von nachlaufenden Studiengebühren, Stipendiensystemen bedeuten eine Verschlechterung unseres Bildungssystems. Durch ein gerechtes Steuersystem tragen die leistungsfähigen Bereiche unserer Gesellschaft die Teile von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wie beispielsweise den Bildungsbereich.

Dieser Grundsatz soll nun umgestossen werden zugunsten einer Umverteilung, die unserer Volkswirtschaft keinen Mehrgewinn bringt, sondern Verwaltungsaufwand schafft und noch weiter weg von einer sozialen Verteilungsgerechtigkeit führt.

(cont)



Grossdemonstrationen am 13.12. vereinbart

Auf Einladung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) fand am Samstag in Jena ein Treffen von StudentInnen von 43 Hochschulen aus vierzehn Bundesländern statt. Bei dem Treffen wurden gemeinsam organisierte Großdemonstrationen gegen Bildungs- und Sozialabbau für den 13. Dezember in Berlin, Frankfurt und Leipzig beschlossen. Vom 09. bis 11. Dezember sind zusätzlich zahlreiche dezentrale Aktionen geplant. Hintergrund des Treffens waren die Proteste und Streiks an zahlreichen Hochschulen.

„Dass Studierende aus beinahe allen Bundesländern anwesend waren, zeigt, wie brisant das Thema ist“, zeigte sich Nele Hirsch vom fzs-Vorstand mit der Resonanz auf die Einladung zufrieden. Studierende sind in fast allen Bundesländern mit massiven Kürzungen im Hochschulbereich konfrontiert. Daneben wird sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene offen über die Einführung von Studiengebühren diskutiert.

„Mit den Großdemonstrationen wollen wir gemeinsam deutlich machen, dass es sehr wohl eine Alternative zur aktuellen Politik gibt“, erklärte Klemens Himpele vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), der das Treffen moderierte.

In Jena gab es neben den Berichten aus verschiedenen Bundesländern auch einen Bericht einer Vertreterin der französischen Studierendenschaften. In Frankreich befinden sich derzeit 22 Hochschulen im Streik gegen die Sparpolitik der französischen Regierung. Der 13. Dezember als Termin für die Großdemonstrationen wurde mit Frankreich und anderen europäischen Ländern abgestimmt. „So soll an diesem Tag europaweit ein klares Signal gesendet werden, die Politik der Entlastung der Unternehmen und der Besserverdienenden endlich einzustellen, Bildung eine höhere Priorität einzuräumen und die unteren Einkommensschichten zu unterstützen.“

Auf dem Koordinierungstreffen in Jena wurde ein gemeinsamer Aufruf zu den Großdemonstrationen verabschiedet.

Gemeinsamer Aufruf

Bildungsfinanzierung als zentrale Aufgabe von Bund und Ländern

Die Bildungsausgaben und speziell auch die Ausgaben für die Hochschulen werden in fast allen Bundesländern massiv gekürzt. Folge ist, dass Seminare und Vorlesungen hoffnungslos überfüllt sind, ganze Fachbereiche und sogar Hochschulen zusammengelegt bzw. aufgelöst werden.

Diese Verantwortungslosigkeit auf Länderebene wird auf Bundesebene widerspiegelt: Auch vom Bund kommt kein deutliches Signal für eine höhere Priorisierung der Bildung. Das BAföG stagniert. Die Mittel für Hochschulbau sollen in den nächsten Jahren sinken, trotz dringend erforderlicher Investitionen. All dies wird mit fehlenden Geldern in den Kassen der öffentlichen Hand begründet. Die leeren Kassen werden als „Sachzwang“ bezeichnet, ohne die Frage nach dem Zustandekommen der Haushaltslöcher zu

stellen. Lobbygruppen stellen die Forderung „Steuern runter“, und die vorgezogene Steuerreform wird den Ländern noch weniger Geld in eben jene leeren Kassen bringen. Der „Sachzwang“ verschärft sich.

Kein Vorwand ist dabei zu billig, um mittelfristige Hochschulstrukturreformen durchzusetzen, die eine weitere Selektion im Bildungswesen mit sich bringen. Viele Maßnahmen, die unter dem Etikett des Bologna-Prozesses an den Hochschulen durchgesetzt werden, dienen allein Einsparungen und Zugangsverknappungen. Wir fordern daher ein Umdenken in der Finanzpolitik. Kürzungen und Stagnation im Bildungs- und Sozialbereich verschärfen die soziale Ungleichheit. Die Ziele einer emanzipatorischen Gesellschaft und der Teilhabe aller an ihr und ihrer Gestaltung können so nicht erreicht werden.

Im Rahmen der Diskussion um die Kompetenzneueordnung zwischen Bund und Ländern fordern wir ein deutliches Signal von Seiten des Bundes, sich im

gesamten Bundesgebiet für eine qualitativ hochwertige und gebührenfreie Bildung einzusetzen.

Bildung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wenn wir uns für mehr Ressourcen in Bildung einsetzen, dann handeln wir im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Ohne Bildung keine Zukunft. Wir lehnen einen Verteilungskampf zwischen den verschiedenen Institutionen und Ebenen im Bildungsprozess (z.B. Kindergärten versus Hochschulen) ab.

In diesem Zusammenhang fordern wir eine qualitative inhaltsorientierte Studienreform ein. Dazu ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte über eine kritische Praxisorientierung des Studiums erforderlich. Wissenschaftliche Qualifikation muss als Instrument gesellschaftlicher Veränderung auch von Seiten der Studierenden wiederentdeckt werden.

Gleichzeitig wenden wir uns gegen die soziale Selektivität des Bildungssystems. Eine qualitativ hochwertige Bildung, die emanzipatorischen Ansprüchen genügt, muss allen Menschen offen stehen. Offene und heimliche Zugangshürden müssen abgebaut, nicht neu errichtet werden.

Ablehnung von Studiengebühren, egal in welcher Form

In zahlreichen Bundesländern sind Studiengebühren in Form von Rückmelde- oder Verwaltungsgebühren, Strafgebühren für sogenannte LangzeitstudentInnen, Studienkonten etc. bereits eingeführt oder in

der Diskussion. In der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) wurde ein allgemein gehaltenes und unzureichendes Gebührenverbot im Erststudium festgelegt. Selbst gegen dieses Gesetz klagen nun zahlreiche Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht. Zahlreiche PolitikerInnen auf Bundes- und auf Landesebene haben bereits konkrete Pläne für generelle Studiengebühren geäußert, wenn der Klage stattgegeben wird.

Wir sind der Meinung: Jede Art von Studiengebühren ist aus bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen abzulehnen. Ein bundesweites Verbot von Studiengebühren ist daher unerlässlich. Darüber hinaus fordern wir alle Parteien auf, sich klar für ein gebührenfreies Studium auszusprechen. Nein zum Sozialabbau

Uns ist klar: Die Argumente der leeren Kassen werden auch gegen andere soziale Gruppen wie beispielsweise RentnerInnen, ArbeiterInnen, MigrantInnen, Behinderte, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und BeamtInnen angewandt. Wir wehren uns dagegen, diese sozialen Gruppen gegeneinander oder auch gegen die Studierenden auszuspielen. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Volkswirtschaft heute so reich wie nie zuvor. Daher muss es darum gehen, die Finanzierung von Bildung und des Sozialstaates über eine Beteiligung der Unternehmen und der Besserverdienenden sicherzustellen. Wir Studierenden solidarisieren uns nachdrücklich mit den vom Sozialabbau der Agenda 2010 und anderen Konzepten betroffenen Personengruppen und Protestierenden.

Proteste, Demos, Streiks, etc. stellen die MitarbeiterInnen der Studierendenvertretungen regelmässig vor grosse Probleme - Hauptprobleme sind die Koordinierung vieler gleichzeitiger Aufgaben und die Mobilisierung vieler Leute. Diese Probleme sind hauptsächlich durch eine erhöhte Anzahl von verantwortlichen MitsreiterInnen zu lösen!

Darum unterstützt uns und kommt zum:

**Informations- & Koordinationstreffen
Donnerstag, 04.12.2003 um 16 Uhr
Treffpunkt: UStA-Büro**